

Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Stenografischer Bericht

3. Sitzung (nicht öffentlich)

Berlin, Freitag, den 22. Juni 2007

Inhalt:

Begrüßung durch den Vorsitzenden Dr. Peter Struck	47 A
Volker Kröning, MdB (SPD)	47 B, D
Antje Tillmann, MdB (CDU/CSU)	47 D
Ministerpräsident Peter Müller (Saarland)	48 A
Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (Sachsen-Anhalt)	48 A

Tagesordnungspunkt 1:

Weiteres Vorgehen beim Komplex „Finanzthemen“	
Vorsitzender Dr. Peter Struck	48 A

Tagesordnungspunkt 2:

Vorbereitung der Anhörung zum Kom- plex „Verwaltungsthemen“	
Vorsitzender Dr. Peter Struck	48 C

Tagesordnungspunkt 3:

Verschiedenes	
Vorsitzender Dr. Peter Struck	49 C

Verzeichnis der anwesenden Kommissionsmitglieder

Vorsitz

Dr. Peter Struck

Ordentliche Mitglieder

Stellvertreter

Bundestag

CDU/CSU

Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)

Peter Altmaier

Dr. Günter Krings

Dr. Thomas de Maizière

Dr. Michael Meister

Antje Tillmann

SPD

Volker Kröning

Ingrid Arndt-Brauer

Petra Merkel (Berlin)

Klaas Hübner

Peer Steinbrück

Fritz Rudolf Körper

Dr. Peter Struck

Joachim Poß

Joachim Stünker

Ortwin Runde

Brigitte Zypries

Bernd Scheelen

FDP

Ernst Burgbacher

Christian Ahrendt

Dr. Volker Wissing

DIE LINKE

Dr. Axel Troost

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anja Hajduk

Bundesrat

Baden-Württemberg

Günther H. Oettinger, Ministerpräsident

Bayern

Dr. Walter Schön, Ministerialdirektor,
Amtschef der Staatskanzlei

*Ordentliche Mitglieder**Stellvertreter***Berlin**

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister

Dr. Thilo Sarrazin, Senator für Finanzen

Brandenburg

Rainer Speer, Finanzminister

BremenJens Böhrnsen, Präsident des Senats,
Bürgermeister**Hamburg**Dr. Michael Freytag, Senator,
Präses der Finanzbehörde**Hessen**

Karlheinz Weimar, Staatsminister der Finanzen

Mecklenburg-VorpommernReinhard Meyer, Staatssekretär,
Chef der Staatskanzlei**Niedersachsen**

Hartmut Möllring, Finanzminister

Nordrhein-Westfalen

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister

Rheinland-PfalzProf. Dr. Ingolf Deubel, Staatsminister
der Finanzen**Saarland**

Peter Müller, Ministerpräsident

Peter Jacoby, Minister der Finanzen

Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident

Jens Bullerjahn, Minister der Finanzen

Schleswig-HolsteinUwe Döring, Minister für Justiz,
Arbeit und Europa**Thüringen**

Harald Schliemann, Justizminister

*Vertreter**Abwesenheitsvertreter***Landtage****Schleswig-Holstein**

Martin Kayenburg (CDU),
Präsident des Landtages

Sachsen

Dr. Matthias Röbber (CDU)

Schleswig-Holstein

Lothar Hay (SPD)

Baden-Württemberg

Wolfgang Drexler (SPD)

Baden-Württemberg

Winfried Kretschmann (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Berlin

Volker Ratzmann (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hessen

Jörg-Uwe Hahn (FDP)

Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (FDP)

*Vertreter***Kommunale Spitzenverbände**

Hans Jörg Duppré, Deutscher Landkreistag
Roland Schäfer, Deutscher Städte- und
Gemeindebund

(A) (C)

3. Sitzung

Berlin, Freitag, den 22. Juni 2007

Beginn: 9.16 Uhr

Vorsitzender Dr. Peter Struck:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass alle, die sich jetzt noch im Saal befinden, auch dazu berechtigt sind, an einer nicht öffentlichen Sitzung teilzunehmen.

Die erste Frage, die wir zu klären haben, betrifft die Plenarsitzung des Bundestages. Dort wird von circa 10.15 Uhr bis 10.30 Uhr eine namentliche Abstimmung stattfinden. Es geht um das sogenannte Zuteilungsgesetz und dabei insbesondere um das Thema Auktionierung von CO₂-Zertifikaten. In beiden Koalitionsfraktionen besteht ein Problem hinsichtlich der Zustimmung zu diesem Gesetz. Es ist eine Reihe von Mitteilungen von Abgeordneten eingegangen, die nicht zustimmen wollen. Deswegen werde ich an dieser namentlichen Abstimmung teilnehmen. Ich gehe davon aus, dass dies auch die Mitglieder meiner Fraktion tun werden. Wir werden uns ins Plenum begeben.

(B) Jetzt muss die Entscheidung getroffen werden, ob die Sitzung der Kommission ohne die MdBs fortgesetzt werden kann oder ob sie unterbrochen werden soll. Wenn sie unterbrochen wird, bedeutet das, dass sich der Zeitplan um mindestens eine halbe Stunde nach hinten verschiebt. Nach dem aktuellen Zeitplan kann man davon ausgehen, dass diese Sitzung nicht vor 18.30 Uhr beendet sein wird, wenn der Zeitplan auf die Minute genau eingehalten wird. Ich glaube eher nicht, dass Professoren die Zeit genau auf die Minute einhalten. Also müssen wir davon ausgehen, dass sich die Sitzung dann bis circa 19 Uhr bzw. 19.30 Uhr verlängert. Ich bitte dazu um Wortmeldungen aus den Reihen der Fraktionen. – Herr Kröning.

(Ingrid Arndt-Brauer, MdB [SPD]: Weitermachen! Nicht unterbrechen!)

Volker Kröning, MdB (SPD):

Herr Vorsitzender, ich fände es unmöglich – auch wenn der Bundestag die oberste gesetzgebende Gewalt in unserem Lande ist –, wenn eine Hälfte der Kommission fehlte, wenn die Sachverständigen sprechen. Darum empfehle ich, dass wir uns insgesamt entschuldigen.

gen. Ich habe das überprüfen lassen: Das ist nicht mit einem Verlust des Sitzungsgeldes verbunden.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Peter Struck:

Das akzeptiere ich überhaupt nicht. Ich als Fraktionsvorsitzender werde an dieser Abstimmung im Bundestag teilnehmen, auch um ein Zeichen zu setzen. Alle Mitglieder meiner Fraktion werden in die Abstimmung gehen. Es geht jetzt nur um die Frage, ob wir diese Sitzung währenddessen unterbrechen oder sie fortführen.

Volker Kröning, MdB (SPD):

Herr Vorsitzender, das habe ich erwartet. Ich wollte nur ein Zeichen setzen. Die Würde dieser Veranstaltung wird natürlich von der Würde des Deutschen Bundestages übertroffen.

Ich möchte aber darauf hinweisen: Wenn wir die Sitzung unterbrechen, dann müssen wir uns versichern, dass wir unser Programm auch bei Verlängerung der Sitzung absolvieren.

Vorsitzender Dr. Peter Struck:

Das ist die logische Folge. – Frau Tillmann, bitte.

Antje Tillmann, MdB (CDU/CSU):

Hinsichtlich der Abstimmung im Deutschen Bundestag teile ich Ihre Auffassung, Herr Struck. Wir als CDU/CSU-Fraktion werden an dieser Abstimmung teilnehmen.

Eine Unterbrechung dieser Sitzung wäre im Prinzip schön, aber nur dann, wenn sich die Fragezeit dadurch nicht reduzieren würde. Die Alternative, dass die Sachverständigen weiter vortragen, während wir nicht da sind, finde auch ich etwas unglücklich. Aber wir alle haben ja die Stellungnahmen gelesen. Die Variante, die ich bevorzugen würde, wäre, dass wir uns darauf verständigen, dass die Fragezeit nicht reduziert und die Sitzung notfalls verlängert wird. Aber wir werden auf jeden Fall an der Abstimmung teilnehmen.

(A) **Vorsitzender Dr. Peter Struck:**
Eine Frage an die Vertreter des Bundesrates: Würden Sie sich desavouiert fühlen, wenn Sie ohne uns weitermachen müssten? – Herr Müller.

Ministerpräsident Peter Müller (Saarland):

Ich glaube, dass der Gang der Verhandlungen dadurch nicht wesentlich negativ beeinflusst wird. Ich würde sehr empfehlen, weiterzutagen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Peter Struck:

Gut, dann halten wir das so fest, wenn alle einverstanden sind. – Herr Böhmer.

Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (Sachsen-Anhalt):

Einverstanden. Wir versprechen auch, Ihnen alles weiterzusagen, was Sie verpasst haben.

Vorsitzender Dr. Peter Struck:

Gut. Wir werden die Sitzung für die Zeit der namentlichen Abstimmung verlassen, und Kollege Oettinger wird dann die Sitzung leiten. Natürlich gehen wir davon aus, dass alle Mitglieder des Bundestags die schriftlichen Stellungnahmen gelesen haben.

Wir kommen damit jetzt zu Tagesordnungspunkt 1:

Weiteres Vorgehen beim Komplex „Finanzthemen“

(B) Ich denke nicht, dass ich alles ansprechen muss, was in den Gesprächen der Obleute geklärt worden ist. Sie haben ja die entsprechenden Unterlagen erhalten.

Bevor wir zu dem Gespräch der Obleute kommen: Der Kollege Ramelow hatte sich noch mit einer Anmerkung zum BMF gemeldet. Wer übernimmt das jetzt? Machen Sie das, Herr Troost?

(Zuruf von Dr. Axel Troost, MdB [DIE LINKE])

Vorsitzender Dr. Peter Struck:

Sie wissen nicht, worum es geht. – Es geht darum, dass nach Auffassung des Kollegen Ramelow das Gutachten des BMF nicht ausreichend ist. Er bittet darum, dass noch einige finanztechnische Fragen geklärt werden. Aber ich denke, dass das auch bilateral geklärt werden kann. Das BMF wird diese Fragen dann aufgreifen.

Ihnen ist mitgeteilt worden, dass am 13. und 14. September 2007 die Klausurtagung zu dem Komplex „Finanzthemen“, also zu den Ergebnissen der heutigen Anhörung, stattfindet. Sie wird in Berlin auf der Halbinsel Schwanenwerder stattfinden. Abends treffen wir uns dann zu einem gemütlichen Beisammensein im Ruderklub am Wannsee.

Wir werden nach dem derzeitigen Stand der Dinge unter Berücksichtigung der Haushaltsberatungen, die in der betreffenden Woche im Bundestag stattfinden,

am Donnerstag, dem 13. September, um circa 16 Uhr mit der Tagung beginnen. Wir werden voraussichtlich bis 20 Uhr, maximal bis 20.30 Uhr tagen. Am Freitag werden wir dann spätestens um 14 Uhr tagen. Vielleicht können wir auch schon um 8 oder 9 Uhr mit der Sitzung beginnen. Das hängt vom Ablauf des letzten Tages der ersten Lesung des Haushalts im Bundestag ab. (C)

Wir gehen davon aus, dass sich nach der Anhörung Näheres darüber sagen lässt, wie die Klausurtagung im Einzelnen ablaufen soll. Es könnte zweckmäßig sein, dazu im Vorfeld der Klausurtagung noch einmal ein Obleutegespräch zu führen. Das ist der Vorschlag von Günther Oettinger und mir.

Das Sekretariat hat uns bereits für die heutige Anhörung eine Findhilfe zusammengestellt, die den Zugang zu den Sachverständigengutachten erleichtern soll. Wir haben das Sekretariat gebeten, die Fragen und Antworten der heutigen Anhörung noch einzubeziehen und zusätzlich zu der Angabe der jeweiligen Fundstelle eine Zusammenfassung des jeweiligen Kerngedankens zu liefern. Diese neue und verbesserte Findhilfe soll der Kommission rechtzeitig vor der Klausurtagung zur Verfügung gestellt werden. Das ist das Ergebnis des Gesprächs der Obleute. Ich stelle es zur Debatte. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 2:

Vorbereitung der Anhörung zum Komplex „Verwaltungsthemen“ (D)

Entsprechend dem Vorgehen beim ersten Komplex „Finanzthemen“, den wir heute zu bearbeiten haben, ist für die Anhörung zum Komplex „Verwaltungsthemen“ ein Gerüst zu den Themen erstellt worden. An diesem Gerüst soll sich der Fragenkatalog orientieren. Das Gerüst liegt Ihnen mit Schreiben des Sekretariats vom vergangenen Montag vor. Die Obleute haben dieses Gerüst so akzeptiert. Wir schlagen Ihnen nun vor, auf der Basis dieses Gerüsts Einzelfragen an die Sachverständigen zu formulieren. Der Vorschlag der Obleute geht weiter dahin, dass das Sekretariat diese Fragen wieder zu einem gegliederten Fragenkatalog zusammenstellt. Die Fragen sollen also sinnvoll gruppiert werden, ohne dass dabei Fragen unter den Tisch fallen. Wir haben in der Obleuterunde auch überlegt, ob man die Anzahl der Fragen begrenzen sollte – heute haben wir ja 226 Fragen zu erörtern – um zu einem weniger umfangreichen Katalog zu kommen. Die Obleute haben sich dagegen entschieden. Sie haben aber daran appelliert, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, dass man sich bei den Fragen beschränkt. Wir gehen davon aus, dass wir auch in diesem Zusammenhang zu vernünftigen Ergebnissen kommen werden.

Hinsichtlich des Sachverständigentableaus für den Verwaltungsbereich schlagen die Obleute Ihnen vor, so vorzugehen, wie es sich bei den Finanzthemen bewährt hat. Das bedeutet, dass jede Bank neun Sachverständige benennen kann, die sich auf der Bundestagsbank nach dem Schlüssel 3/3/1/1/1 aufteilen würden. Die

Vorsitzender Dr. Peter Struck

- (A) Ländersseite wird intern zu klären haben, ob wiederum die Bereitschaft besteht, je ein Benennungsrecht an die Landtage und die kommunalen Spitzenverbände abzutreten. Gibt es zu diesen Vorschlägen Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Ich schlage Ihnen zum formalen Prozedere vor, dass die Möglichkeit, Kommissionsbeschlüsse über die Sachverständigenanhörung „Verwaltungsthemen“ sowie zum Fragenkatalog und zu der Sachverständigenliste zu fassen, auf die Obleute übertragen wird, damit wir nicht noch eine zusätzliche Sitzung dazu durchführen müssen. Das würde über ein Umlaufverfahren organisiert werden. Wir können die Sachverständigen dann bereits vor unserer nächsten Sitzung Mitte September beauftragen. Gibt es zu diesem Bereich Anmerkungen oder Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall, dann werden wir so verfahren.

Zum zeitlichen Ablauf. Es ist vorgesehen, dass Sie dem Sekretariat bis Ende Juli 2007 Ihre Einzelfragen und die Vorschläge der Akteursgruppen für die Sachverständigenliste übermitteln. Das Sekretariat wird dann die Unterlagen entsprechend zusammenstellen. Die formellen Beschlüsse könnten in der Obleuterunde

- über das Umlaufverfahren wahrscheinlich etwa Mitte August gefasst werden. Die Sachverständigen sollen gebeten werden, ihre Stellungnahmen bis zum 15. Oktober 2007 einzureichen. Gibt es zu diesem Zeitplan Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall. (C)

Ich frage, ob wir davon ausgehen können, dass für die Honorierung der Sachverständigen zu den Verwaltungsthemen analoge Bedingungen zugrunde gelegt werden können wie bei den Sachverständigen zu den Finanzthemen. – Das tun wir.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3:

Verschiedenes

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit haben wir die nicht öffentliche Sitzung abgeschlossen und können eine kleine Pause machen. Wir sehen uns in der öffentlichen Sitzung wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 9.27 Uhr)

